

Familienministerium: Rüge vom Rechnungshof

Anmoderation

Anja Reschke:

Wenn man Geld vom Staat haben will, Zuschüsse für Wohnungsbau, Weiterbildung oder irgendeine Art von Förderung, dann – man kennt das – muss man ellenlange Anträge ausfüllen und später genau nachweisen, warum man es unbedingt nötig hatte. Der Staat gibt einem nicht einfach Geld und sagt: mach mal. Wofür genau ist uns egal, prüfen wir auch nicht nach. Macht der Staat nicht? Macht er doch. Und zwar bei den Zuschüssen zum freiwilligen sozialen Jahr. Da geht es immerhin um Millionen und anscheinend interessiert es im Ministerium niemand, wofür das Geld eigentlich genau verwendet wird. Sonia Kennebeck und Tina Roth

Bis vor kurzem waren sie noch an der Schule, jetzt wollen sie helfen: Im Freiwilligen Sozialen Jahr.

Bei der Diakonie werden die Jugendlichen auf ihren Einsatz vorbereitet, „pädagogisch begleitet“. Wie genau diese „Begleitung“ aussehen soll, ist nicht vorgeschrieben. Das Ergebnis: Seilspringen und Yoga stehen genauso auf dem Programm wie politische Bildung.

O-Töne

Freiwillige Jugendliche 01:

„Ich habe die Weihnachtswerkstatt ausgesucht, wo man sich auf Weihnachten vorbereitet und Sachen basteln kann.“

Freiwillige Jugendliche 02:

„Segeln gehen oder so, das macht ja nicht jeder. Zum Beispiel ich bin noch nie segeln gegangen und dann kann man das da so machen. Find ich gut!“

Diese Kurse werden von der Bundesregierung mitfinanziert - allein 19 Millionen Euro im vergangenen Jahr. Doch was genau auf dem Kursplan steht, scheint dem Staat egal zu sein.

Ob mehr Segeln oder mehr politische Bildung - das dürfen Wohlfahrtsverbände wie Diakonie oder Caritas ganz allein entscheiden.

O-Töne

Panorama: „Sind eigentlich die Inhalte von den Seminaren gesetzlich vorgegeben?“

Monika Möllinger, Diakonie Baden: „Es ist so vorgegeben, dass sozusagen ein Lernprozess, ein individueller Lernprozess bei den Jugendlichen initiiert und begleitet wird – und das ist ein gutes Ziel!“

Panorama: „Das ist ein gutes Ziel – und das ist aber recht vage, oder?“

Monika Möllinger, Diakonie Baden: „Ja und wir gestalten das dann schon!“

Der Bund zahlt einfach pauschal, die Verbände dürfen bestimmen, was genau mit dem Geld passiert. Darin sieht der Bundesrechnungshof ein Problem: In einer 35-seitigen

internen Mitteilung kritisiert er das zuständige Familienministerium scharf: Die „pauschalen Zuwendungen“ werden „nicht sachgerecht definiert“.

O-Ton

Prof. Dr. Horst Bossong,

Verwaltungswissenschaftler:

„Man muss den Verbänden genauer vorgeben, was und wofür diese Zuwendungen sind, d.h. die Ziele exakt definieren – das ist im Zuwendungsrecht eigentlich auch so vorgesehen. Zweitens man muss die verwendeten Mittel in Hinblick auf ihre Verwendungszwecke genau kontrollieren.“

Das Familienministerium, Adressat der Kritik vom Rechnungshof. Der Vorwurf: Das Geld werde pauschal an die Wohlfahrtsverbände bezahlt - für irgendwelche Kurse.

O-Töne

Panorama: „Die Verwendung der Gelder sei von Bundesfamilienministerium „seit nunmehr 15 Jahren nicht sachgerecht definiert und festgelegt worden“.“

Jens Kreuter, Bundesfamilienministerium: „Das sehen wir in dieser Form natürlich anders. Die Verwendung der Gelder ist sehr präzise festgelegt worden, nämlich für die pädagogische Begleitung der Freiwilligen in den Jugendfreiwilligendiensten.“

Panorama: „Die Träger sagen dazu selber, dass die Umschreibung sehr vage ist.“

Jens Kreuter, Bundesfamilienministerium: „Ja man kommt hier an eine..., an dieser einen Stelle, an eine relativ gewichtige grundsätzliche Frage, nämlich wenn man möchte: das wollen wir in Deutschland, dass der Staat nicht alles selber macht.“

Weniger Staat, als Begründung für pauschale Millionenzahlungen ohne viel Kontrolle?

Man könnte auch den Eindruck bekommen: der Staat will es den mächtigen

Wohlfahrtsverbänden so angenehm wie möglich machen; kontrolliert weder Quittungen noch Belege.

O-Ton

Prof. Dr. Horst Bossong,

Verwaltungswissenschaftler:

„Es ist das immer gleiche Problem: Dass sich die Ministerien inzwischen in einer Weise gemeinsam ins Boot oder ins Bett gelegt haben mit den Verbänden, so dass nicht mehr klare Regelungen rauskommen, nach dem Motto: Wir als Staat wollen dies und dafür geben wir unser Geld aus.“

Der Rechnungshof hat noch mehr gefunden: Statt für Bildungsseminare wurde die pädagogische Förderung auch mal zur „Fensterreinigung“ eingesetzt. Den Wohlfahrtsverbänden kann man es nicht vorwerfen, denn das Ministerium hat es zugelassen.

O-Töne

Jens Kreuter, Bundesfamilienministerium: „Wir nehmen das sehr ernst. Es ist immer eine Abwägungsfrage, aber das ist ja ganz normal. Wie intensiv will man das im Detail nachkontrollieren und auch wie viel Personal will man dafür einsetzen?“

Panorama: „Der Bundesrechnungshof hat gesagt, Sie haben das nicht nachkontrolliert.“

Jens Kreuter, Bundesfamilienministerium: „Das habe ich so nicht daraus gelesen, sondern er hat gesagt, es ist nicht umfassend genug.“

Dabei findet der Rechnungshof sehr klare Worte: Die Dokumentation des Ministeriums sei „mangelhaft“. Und überhaupt seien für die Förderung der Freiwilligen eigentlich die Länder zuständig.

Das Bundesministerium sollte die „Förderung daher einstellen“.

Jetzt verspricht das Ministerium Besserung; man habe die Förderrichtlinie auch schon etwas verändert. Das ist gut. Nur: etwas spät.

O-Töne

Panorama: „Seit wann wissen Sie denn von der Kritik?“

Jens Kreuter, Bundesfamilienministerium: „Also das übliche Verfahren ist, dass der Bundesrechnungshof einen Berichtsentswurf schreibt, die Bundesregierung dazu Stellung nimmt und man miteinander im Gespräch ist und das weiter entwickelt. Also mir ist nicht bekannt dass der Bundesrechnungshof irgendwie Kritik daran geübt hätte, dass wir das irgendwie jahrelang oder jahrzehntelang verschleppt hätten.“

Tatsache ist: Die pauschale Förderung der Seminare wurde schon häufig angemahnt. Der Rechnungshof schreibt ausdrücklich, eine weitere Bundesbehörde habe darauf „bereits im Jahr 2001 hingewiesen“.

Und plötzlich erinnert man sich im Familienministerium wieder besser.

O-Ton

Jens Kreuter,

Bundesfamilienministerium:

„Es ist üblich, dass der Bundesrechnungshof immer – man soll nie immer sagen, aber in aller Regel, Punkte findet, wo er sagt, da könnt ihr noch besser machen, dafür haben wir ihn ja. Das ist ja der Sinn der Sache.“

Nun will man also alles besser machen. Schön, wenn das jetzt klappt – nach über zehn Jahren!

Autoren: Tina Roth, Sonia Kennebeck

Schnitt: Julia Sieger